



## Sitzungsvorlage 100/275/2019

Amt/Abteilung: Hauptamt Datum: 21.03.2019	Aktenzeichen:		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	25.03.2019	Vorberatung N	
Stadtrat	02.04.2019	Entscheidung Ö	

### **Betreff:**

Erklärung des Stadtrates Landau in der Pfalz zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die nachfolgende Erklärung zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern:

Der Rat der Stadt Landau steht der beschlossenen Zusammenführung des Standorts Landau der Universität Koblenz-Landau und der Technischen Universität Kaiserslautern grundsätzlich offen gegenüber. Jedoch dürfen der Wissenschaftsstandort Landau nicht benachteiligt und die Gesamtentwicklung in Landau nicht beeinträchtigt werden. Für einen Zusammenführungsprozess „auf Augenhöhe“ sind aus Landauer Sicht vor allem drei Punkte entscheidend, die der Rat mit Nachdruck fordert:

1. Die beiden Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern werden gleichberechtigt zusammengeführt. Als rechtliches Konstrukt wird die Neugründung gewählt. Gegen einen „Anschluss“ des Universitätsstandorts Landau an die TU Kaiserslautern bzw. ein „Aufgehen“ in bestehenden Strukturen verwahren wir uns. Die Zusammenführung „auf Augenhöhe“ schlägt sich in der angemessenen Vertretung beider Standorte in der Leitung und den Gremien der neuen Hochschule nieder. Als äußeres, sichtbares Zeichen der Gleichberechtigung bleibt der Name „Landau“ im Namen der neu zu gründenden Universität erhalten.

2. Die beiden Hochschulen in Landau und Kaiserslautern werden sich zunächst untereinander über die Rahmenbedingungen eines Zusammenschlusses einig, bevor von Landesseite ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wird. Sollte dies erforderlich sein, offenkundig vorhandene Differenzen auszuräumen, kommt eine Mediatorin bzw. ein Mediator zum Einsatz. Die beiden Standorte der Universität Koblenz-Landau müssen zu jedem Zeitpunkt des Prozesses handlungsfähig bleiben.

3. Unabhängig vom Zusammenführungsprozess fordert der Stadtrat die Landesregierung auf, die finanzielle Lage und die Personalausstattung der Universität in Landau zu verbessern. Der Aufwuchs der Finanzmittel soll sich am Bundesdurchschnitt der Universitäten orientieren.

Der Stadtrat unterstützt die Universität Koblenz-Landau in ihrer Verhandlungsposition und schließt sich den weitergehenden Forderungen, die die Dekaninnen und Dekane in ihrer Stellungnahme vom 15. März 2019 gestellt haben, an.

Mit Blick auf die Gesamtentwicklung der Stadt Landau ist es zudem wichtig, dass die geplante bauliche Entwicklung der Universität am Standort Landau durch den Zusammenführungsprozess nicht beeinträchtigt wird.

Nach den „Startschwierigkeiten“ fordert der Stadtrat ein transparentes und partizipatives Verfahren zum Zusammenschluss. Dann kann es gelingen die individuellen Stärken der beiden Universitätsstandorte Landau und Kaiserslautern weiter zu stärken und gleichzeitig ein neues, gemeinsames Profil herauszuarbeiten.

Schlusszeichnung:

